

Ihre Halle vierteljährlich bei postmässiger Zahlung 2,50 M., durch die Post 3,25 M. auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im antiken Zeitungs-Vergleichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetrag.

Für unerwartet eintreffende Beaufträge und ihre Gewähr übernommen. Wodurch nur mit Rücksichtnahme: „Saale-Bl.“ gestattet.

Verleger: Dr. Reckhoff Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; des Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Saale-Beitung.

Sechsbundertziger Jahrgang.

werden die Belegblätter oder deren Raum mit 30 Pfg. solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstr. 63, 1 sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekleben die Seite 75 Pfg. für Halle und auswärts 1 Mt.

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Sandbühnenstr. 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 516.

Halle a. S., Donnerstag, den 3. November.

1910.

Briand.

Eine der markantesten Persönlichkeiten unter den französischen Politikern, ist zweifellos Aristide Briand, der sich zum Chefredakteur der sozialistischen „Lanterne“ zum Ministerpräsidenten der französischen Republik durchgemauert hat. Also, immer nach rechts, wo das Gebiet liegt, auf dem Karriere gemacht werden kann — tout comme chez nous — selbst in dem republikanischen Frankreich! Die Frage, ob es Briand (der, wie bereits gemeldet, gestern seine Demission gab), gelingt, ein Kabinett nach seinen Wünschen zustande zu bringen, das das kommende Gesetz durchzuführen will, in dem fortan jeder Versuch, das nationale Leben durch Arbeitseinstellung zu schädigen, als Verbrechen gegen das Vaterland bestraft werden soll, ist nicht schwer zu beantworten. Briand wird Mitarbeiter finden. Eine andere Frage ist nur die: Wird sich Briand auch dann halten können, wenn diese Vorlage, die ohne Abstützung der Reaktion nie unter Dach und Fach kommen kann, zur Tat geworden ist? Darin liegt der Schlüssel, und darin liegt die Gefahr für das republikanische Frankreich. Denn Aristide Briand ist heute kein Parteimitglied mehr; sein Name ist sein Programm. Ein Politiker aber, der seine Herrschaft auf seinen Namen aufbaut, ist unrettbar dem Stabilitätsverfall. In diesem Verfall steht Briand heute! Deutschland, das aus der Boulanger-Zeit weiß, daß „starke Männer“ in Frankreich unter Umständen eine europäische Gefahr bedeuten können, denn unvergessen sind heute noch die Worte des einseitigen Präsidenten Crevoy: „Ich trete zurück mit dem zufriedenen Bewußtsein, zweimal verdoppelt zu haben, daß der dünne Faden, an dem der Friede mit dem Deutschen Reiche hing, durchschnitten worden ist“ — wird die Persönlichkeit Briands genau verfolgen müssen. Die Schilderung, die Paul Blok im „Berliner Tageblatt“ von dem Chef der Partei Briand gibt, ist zu wertvoll für die Beurteilung des neuen Herrn der französischen Republik, als daß man sie übersehen darf. Der Pariser Korrespondent des „S. T.“ schreibt:

„Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Es ist meine tiefe, auf guten Gründen ruhende Überzeugung, daß in Frankreich das Bedürfnis des Friedens ebenso feste Wurzeln im Volke hat wie in Deutschland. Niemand aber kann in die Zukunft sehen, und wenn auf einer der zahlreichen Reibungsflächen, die bei den friedlichen Konkurrenz der Mächte absichtlich oder unabsichtlich präpariert werden, gelegentlich einmal ein politisches Bündnis Feuer fängt, dann kommt es sehr darauf an, ob es mit einem kräftigen Zutritt gelöscht oder ob es in anderes, bedenklicheres Brandmaterial geworfen wird. Bleibt Aristide Briand auf dem Weg, den bisher seine Entwicklung genommen hat, so wird es im wesentlichen von seinem Willen abhängen, ob er die Flammen erlösen oder entstellen will. Die Wahrheit aber ist, daß im Ausland, besonders in Deutschland, auf den jetzigen Ministerpräsidenten Frankreichs sehr aufmerksam geachtet werden muß. Einer seiner Pläne wenigstens ist klar: er will sein Land kräftigen und wird rücksichtslos alle inneren Kämpfe niederzwingen, die diese Absicht verhindern. Vielleicht scheitert sogar auch seine Energie an dem, bei Frankreich angeborener Unruhe gewaltigen Beginnen. Scheitert sie aber nicht, so hat dieser Mann durch sein Werk neue Kräfte erlangt, und niemand kann wissen, wohin ihn dann das Schicksal oder der ehrgeizige Wille treiben wird.“

Ein feiner Kenner französischer Verhältnisse, wohl einer der wenigen Publizisten Deutschlands, die die Finghe des französischen Politikers richtig zu deuten wissen: Theodor Wolff, teilt nach dem oben wiedergegebene Urteil im „Berliner Tageblatt“ über Briand ein klein wenig, indem er ihn als einen Mann schildert, der mit dem Tage, an dem er zur Macht gelangte, einen „außergewöhnlichen Opportunismus“ bewies. Der Name paßt nicht schlecht zu dem Bilde. — Vielleicht ist es Bilde schon wird sich zeigen, welchen Weg Herr Briand zu gehen beliebt. —

Wir lassen nachstehend einiges über den Verlauf der Kabinettskrisis folgen:

Nach den gestern bekanntgegebenen Mitteilungen wird Briand, der die Kabinettsbildung angenommen, von den bisherigen Parteiführern den Minister des äußern Bichon, den Kriegsminister Brun und den Marineminister Bruce de Lapagere bei-

gehalten. Ueber die Neubildung der übrigen Ministerposten lag gestern abend folgende Liste vor: Ministerpräsident Briand, Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Guisthau, Finanzen Klotz, Unterrichts der bisherige Unterrichtsminister Doumergue, Ackerbauminister Jean Dupuy, Kolonial- oder Justizminister Monis und Handelsminister Vaterre. Von den Unterstaatssekretären bleibt der Unterstaatssekretär für schöne Künste; Unterstaatssekretär im Marineamt bleibt Cheron. Ob Willerand an der Neubildung des Kabinetts teilnimmt ist noch nicht sicher.

Als ein Hauptpunkt des ministeriellen Programms gilt, daß den Staatsbeamten und staatlichen Angestellten das Streikrecht unbedingt aberkannt werden soll. Auch will Briand auf gefestigten Wege gegen die Vereinigung der Berufsgenossenschaften zu Verbänden revolutionären Charakters ankämpfen. Die Macht des roten Arbeiterbundes soll gebrochen werden. In diesem Sinne führt der „Temps“ aus: Das neue Ministerium wird vor allen Dingen die Aufgabe haben, ein für allemal jenem Zustand ein Ende zu machen, der es selbst den anfänglichen Eisenbahnbediensteten gestattet, sich dem Auslande anzuschließen, als ob das eine ganz natürliche Sache sei. Die Eisenbahner sowie alle anderen Angestellten der öffentlichen Dienstverwaltungen, müßten durch ein unabweisbares Gesetz darauf aufmerksam gemacht werden, daß jede verbotene Einstellung der Arbeit, selbst wenn dabei keine Gewalttätigkeiten vorkommen, als Verbrechen gegen das Vaterland gelten würden. Die äußere Politik bleibt unverändert friedlich. Die für heute mittag anberaumte Sitzung der Kammer wird auf nächste Woche verschoben werden. Auf jeden Fall beabsichtigt Briand, heute mittag seine künftigen Mitarbeiter um sich zu versammeln und die Verteilung der Portefeuilles vorzunehmen.

Weiter drahtet uns ein gelegentlicher Pariser Mitarbeiter:

Die neue Ministerliste wird sich nach einer neueren Zusammenstellung, abgesehen von Veränderungen, die sich noch im Laufe des Vormittags ergeben, wie folgt zusammensetzen: Ministerpräsident und Inneres: Briand, Auswärtiges: Bichon, Justiz: Monis, Finanzen: Klotz, Unterrichts: Renaud, öffentliche Arbeiten: Willerand, doch ist dessen Anwesenheit im neuen Ministerium noch zweifelhaft, Kriegsminister: Brun, Marineminister: Lapagere, Handelsminister: Dupuy; Ackerbauminister: Vaterre, Kolonialminister: Maulens, und Minister für Arbeiter- und soziale Fürsorge: Puech. Unterstaatssekretär des Innern wird Guisthau, der Marine: Chaumet; der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium ist noch nicht bezeichnet, Unterstaatssekretär der schönen Künste wird Pamech, für die Finanzen: Ferdinand David. Briand wird heute morgen noch einige Persönlichkeiten und politische Freunde empfangen, um mit ihnen über die Situation zu konferieren. Die definitive Ministerliste wird nicht vor 12 Uhr heute mittag ausgegeben werden können.

Wertzuwachssteuer und Bodenspekulation.

In wenigen Wochen wird der Reichstag sich erneut mit der Frage der Wertzuwachssteuer beschäftigen. Die Kommission, die bekanntlich eine dritte Lesung vorgehen hat, wird soeben nach dem Zusammenritt des Reichstags die Arbeiten wieder aufnehmen. Die Reichsregierung rechnet, wie sich aus den offiziellen Verlautbarungen erkennen läßt, mit Zuversicht auf das Zustandekommen der Vorlage.

Während der Vertagung des Reichstags haben sich die beteiligten Kreise, wirtschaftliche Vereinigungen und verschiedene Gemeindevertretungen mit der Angelegenheit beschäftigt; zahlreiche weitere Eingaben sind an den Reichstag gelangt, in denen ganz überwiegend die Ablehnung der Vorlage verlangt wird. Auf der anderen Seite haben insbesondere die Bodenreformer eine eifrige Tätigkeit entfaltet, um für die Wertzuwachssteuer Stimmung im Lande zu machen. Bei der Agitation der Bodenreformer wird weniger der finanzielle Effekt als der sozialpolitische Zweck in den Vordergrund gestellt. Die Bodenreformer bezeichnen es geradezu als ihr Ziel, die Bodenspekulation auszurotten. Und es ist selbstverständlich sehr wohl möglich, die Zuwachssteuer so zu ge-

halten, daß kein Spekulant mehr in Versuchung kommt, sein Geld in Terrains anzulegen. Ist aber damit die Wohnungsfrage ihrer Lösung näher gebracht? Oder um den springenden Punkt herauszuheben: Werden dadurch die Wohnungen billiger? Es ist interessant, daß selbst Kreise, die den bodenreformerischen Kreisen nahesteht, hierüber ernste Zweifel hegen. So sagt Mewes, gestützt auf Freiburger Erfahrungen:

„Es gibt keinen auch nur annehmbaren Grund, der die Behauptung rechtfertigt, daß infolge der Wertzuwachssteuer Baukosten und Wohnungen verbilligt werden, oder nicht wenige Erwägungen sprechen dafür, daß das Gegenteil sehr wohl im Kreise der Möglichkeit liegt.“

Unseres Erachtens ist es eine Phrase, wenn man behauptet, nur die ungeheure Bodenpopulation zu beschränken, die gesunde dagegen bestehen lassen zu wollen. Was ist ungeheure und was ist gesund? Und wie soll die Wertzuwachssteuer konstituiert werden, um lediglich die erstere zu treffen? Die entschiedenen Gegner jeder Bodenpopulation haben daher zweifellos den Vorzug der Konsequenz, wenn sie ihr in jeder Form den Garaus machen wollen. Aber weiter haben sie auch darin recht, daß mit haben Maßregeln nicht getan ist. Ist es nämlich zureichend, daß die Bodenpopulation als die Grundursache aller Uebelstände im Wohnungswesen angesehen werden soll, so würde eine bloße Erziehung ihrer Tätigkeit das Uebel nicht mildern, sondern verschärfen. Die Wirkung wäre, daß die steuerliche Belastung und das erhöhte Risiko auf die Kunden abgewälzt und darum nicht eine Verbilligung, sondern im Gegenteil eine Vertuerung aus dem Grundstücksmarkt sich ergeben würde. Auf diese Weise geht die Sache also nicht, will man nicht die Höhe der Mieten steigern und damit die Wohnungsalternative noch weiter verschärfen.

Amüßig ist aber noch die Vorfrage zu entscheiden, ob die Bodenpopulation in dem behaupteten Umfang oder überhaupt für die Wohnungsnot verantwortlich gemacht werden darf. Der Streit hierüber wird ja voraussichtlich so bald nicht zur Ruhe kommen. Jedoch ist soviel schon jetzt zu erkennen, daß der Sieg sich denen zuneigt, die die Steigerung der Bodenpreise in den Städten vor allen Dingen auf andere Ursachen zurückführen. Auf den Zubrang zu den Städten, die dadurch hervorgerufene Nachfrage nach Mietwohnungen und am letzten Ende die reflektiertere Steigerung der Grundrente. Zum mindesten läßt sich nicht bestreiten, daß es neben der Bodenpopulation noch andere Dinge gibt, die verteuert wirken: die Bauordnungen und Reglements, die auf eine Verbesserung der Wohnungen hinführen. Mögen sie noch so gut gemeint sein und an sich dem angeführten Zweck dienen, niemand wird verhindern können, daß sie gleichzeitig die Wohnungen teurer machen. Bessere der Hygiene mehr Rechnung tragende Wohnungen erfordern naturgemäß höhere Anlagekosten. So hat sich nach einer Unterredung des Architekten- und Ingenieurvereins in Düsseldorf ergeben, daß die Baupolizeiordnung die Anlagekosten bei Kleinwohnungen um 15 v. H. erhöht hat. „Durch die Vernechtung der Anlagekosten“, so konstatiert die Zeitschrift des genannten Vereins, „und der dauernden Ankosten, ist eine erhebliche Steigerung der Mieten entstanden“. Ähnlich lauten die Berichte aus Frankfurt a. M., Leipzig und Königsberg. Im letztgenannten Orte wird daneben ausdrücklich auf die neu eingeführte Wertzuwachssteuer verwiesen, die gleichfalls die Wirkung gehabt habe, die Baukosten zu verringern. Es muß daher gezeigt werden, daß die Wertzuwachssteuer nicht auf sozialpolitischem Gebiete zu Konsequenzen führt, die niemand wünschen kann.

Der Hansabund und die Reichszuwachssteuer.

Von geschätzter Seite wird dem Hansabund geschrieben: „Bei der Frage der Zuwachssteuer tritt nunmehr ein bleibender in dem Maße nicht herabsetzbares Moment in den Mittelpunkt der Erörterung. Das ist der Gesichtspunkt, ob die Zuwachssteuer als Gemeindefsteuer oder als Reichsteuer einzurichten ist. Es heißt unter anderem, daß die Gemeindefsteuer den verschiedenen örtlichen Verhältnissen besser gerecht werde. Ferner sei der Wertzuwachs zum nicht geringen Teil auf Anwendung und Tätigkeit der Gemeinde zurückzuführen, und daher müsse der Betrag der Steuer auch den Gemeinden zukommen; auch werde in den rein ländlichen Gemeinden die Reichsteuer nur geringe Beträge bringen, aber große Verwaltungskosten verursachen.“

Gerade darin, daß bei der Einführung einer Gemeindefsteuer die Zuwachssteuer voraussichtlich eine Verschärfung zwischen dem platten Lande und den kleinen Gemeinden einerseits, sowie den großen Gemeinden andererseits sich ergeben wird, liegt ein Hauptargument gegen die kommunale Zuwachssteuer. Zweifelloso werden nach Lage der wirtschaftlichen Entwicklung die großen Kommunen, insbesondere die Industriezentren, eine solche Steuer eher einführen, als die Landgemeinden. Das aber würde wieder eine weitere Belastung der ländlichen gemischten Kreise bedeuten. Die Reichszuwachssteuer trifft dagegen alle Grundstücke in gleicher Weise und nach festen Normen und wirkt infolgedessen gleichmäßig und gerecht. Auch die Steuerkontrolle ist dann eine einheitliche, was dringend zu wünschen ist. Bei der Ueberweisung der Zuwachssteuer an die Kommunen liegt endlich auch die Gefahr

vor, daß diese ihre Steuerordnungen wechseln können, was eine wirtschaftliche Unsicherheit mit sich bringen würde. Handel, Gewerbe und Industrie haben daher ein Interesse daran, die Zuzugssteuer, dem Gebanten der Vorzüge entsprechend, als Reichtümer zu erhalten. Das schließt natürlich eine Beteiligung der Kommunen am Aufkommen der Zuzugssteuer nicht aus.

Deutsches Reich.

Der Mosbiter Krawallprozeß.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Der am 9. November der dritten Strafkammer begonnene erste Mosbiter Krawallprozeß richtete sich gegen etwa 20 Personen, die aus Anlaß der Mosbiter Krawalle verhaftet wurden, und nun wegen Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt oder Beleidigung unter Anklage gestellt worden sind. In der Verhandlung vor dem Schwurgericht, die am 17. November beginnt, werden gleichfalls etwa 20 Personen auf der Anklagebank sitzen. Wie wir hören, hat die Staatsanwaltschaft am Mittwoch den sämtlichen Angeklagten einen ergänzenden Schriftsatz zu dem ursprünglichen Anklageakt zugehen lassen, und zwar einen Schriftsatz, durch den beide Prozesse ein ganz besonderes politisches Gepräge erhalten. Es wird in diesem Nachtrag zur Anklage die These aufgestellt, daß die Mosbiter Krawalle von der sozialdemokratischen Partei organisiert worden seien. Der Beweis für die Richtigkeit wird unter anderem darin gesehen, daß in Maaß dießmalige Rufe gehört wurden, wie bei den von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten Manifestationen. Ferner wird auf einen Artikel des „Vorwärts“ verwiesen, in dem es hieß, daß die Polizei sich an die sozialdemokratische Parteileitung wenden sollen, und daß dann die Rufe schneller als durch Säbelstiche wieder hergestellt werden würde. Die Verteidiger beabsichtigen gegen die Behauptung, daß die Partei bei den Mosbiter Krawallen die Hand im Spiel gehabt, einen umfangreichen Gegenbeweis zu führen. Da die Zahl der geladenen oder zu ladenden Zeugen ebenfalls bereits eine ziemlich große ist, so dürften die beiden Prozesse eine längere Reihe von Sitzungen in Anspruch nehmen.“

Die „Genossin“ Prinzessin Pauline von Württemberg.

Aus Breslau, 3. Nov., wird uns geschrieben: Eine marante Erscheinung im höchsten politischen Leben ist der vor eben verstorbenen Gattin des Sanitätsrates Dr. Willim, der vermaligen Prinzessin Pauline von Württemberg, dahingegangen, die von manchen Kreisen der Sozialdemokratie als selbstbewusste Genossin reklamiert wurde. Die Verbindung der Prinzessin mit dem Arzte hat ihren Roman. Die Mutter der Prinzessin, Herzogin Mathilde von Württemberg, hatte sich 1878 in Bekämpfung bei Geheimrat Bierner in Breslau begeben. Bierner legte seinem Hilffisten Dr. Willim die besondere Pflege der Patientin ans Herz, und so ergriff sich eine häufige Begegnung des jungen Arztes mit der Prinzessin, die zu einer tiefen gegenseitigen Neigung des Paares führte. Trotz aller ernstlichen Gegenmeinungen der großherzoglichen Familie blieb die junge Prinzessin standhaft und so erfolgte die Eheschließung im Jahre 1880. Die junge Gattin zeigte ihren Beruf als Doktorgattin sehr ernsthaft auf. Sie widmete sich mit großer Leidenschaft sozialen, hygienischen und wohltätigen Bestrebungen. Ihre besondere Vorliebe aber galt der Politik, in der die Prinzessin durchaus demokratischen Anschauungen huldigte. Man sah ihre charakteristische Erscheinung — Frau Dr. Willim war fast immer in ein wallendes schwarzes Tauchstoffkleid gekleidet, ihr kurz geschnittenes Haupthaar war von einem Männerhut bedeckt und an den Büsten trug sie gewöhnliche Schafstiefel — sehr häufig in demokratischen Versammlungen, in deren Debatten sie zumeilen eintritt. Eine starke Neigung verband Frau Dr. Willim auch Jahre hindurch mit dem Theater.

Die sozialdemokratischen Anstellungsverträge in den Ortskrankenkassen.

Man schreibt der „National-liberalen Correspondenz“: „Wie nicht anders zu erwarten war, haben die Auseinandersetzungen der R.A.D.-Kommission über die Anstellungsverträge der Beamten in den Ortskrankenkassen auch noch augen hin einen gemeinsamen Stimmensentscheid, den natürlich die Sozialdemokratie mit allen nur denkbaren Mitteln abzuwehren sucht. Insbesondere wird von der Sozialdemokratie hartnäckig geklagt, daß der sogenannte Tarifvertrag den Zweck hat, den in den Kassenverwaltungen untergeordneten „Genossen“ Schutz zu gewähren und daß durch den Vertrag die nichtsozialdemokratischen Angestellten mit langsamem Druck der sozialdemokratischen Organisation „zugeführt“ werden sollen. Es ist daher von Interesse, daß der sozialdemokratische Arbeitersekretär Kleins in Halle a. S. in Nr. 16 der „Vollständigen Zeitschrift“, Organ des Verbandes sozialdemokratischer Kassenangehöriger, folgende Notiz mit der Ueberschrift: „Ein sehr vernünftiger Kassenvertrag“ veröffentlicht hat: „Die Beamten der Ortskrankenkasse in A. im Königreich Sachsen gingen ihren Kassenvorstand um eine Gehalts-erhöhung an und verweigerten hierbei auch auf die Minderheitsbeschlüsse. Da sie die Frage des Kassenvorstandes, ob sie denn auch dem (sozialdemokratischen) Verbande der Kassenbeamten angehören, verneinen mußten, erhielten sie zur Antwort, sie sollten sich erst organisieren, dann ließe sich weiter über die Minderheitsbeschlüsse reden.“ Hervorgehoben zu werden verdienen auch folgende Stellen aus dem Sitzungsprotokoll des Verbandsvorstandes der sozialdemokratischen Anstellten vom 31. Juli 1908: „Die Kollegen aus Konstantz teilen mit, daß die jetzt in den Kassenvorstand gelangten christlichen Gewerkschafter drohen, (!) die „Genossen“ zu entlassen, da diese aber tarifliche Anstellungsverträge besitzen. So haben sie nichts zu befehlen.“ „In Götting ist die Einführung des Tarifs abgelehnt worden. Das Eingreifen des sozialdemokratischen Gewerkschaftsartikels war erfolglos. Das Kartell soll dafür sorgen, daß der Kassenvorstand bei der nächsten Wahl entsprechend revidiert wird.“ „Es wird höchste Zeit“, so bemerkt dazu der Einsender, ein nichtsozialdemokratischer Kassenbeamter, daß durch die R.A.D. der sozialdemokratischen Wirtschaft in den Kassen ein Ende gemacht wird. Die Arbeitgeber und die versicherten Arbeiter haben hieran das größte Interesse.“

Verbot der Jesuitenniederlassungen in Preußen.

„Nach der „Voss. Zig.“ scheidet der Jesuitenorden durchaus nicht mehr davon zurück, in Deutschland förmliche Niederlassungen seiner Ordensmitglieder zu etablieren, die nach den Reichsgesetzen verboten sind. In Breslau in der Lehmgraberstraße befindet sich eine der Gräfin Stolberg geborene Erziehungsanstalt mit einer kleinen Kirche, der Maria Hilf-Kapelle. Im Garten des Stilles ist im vorigen Jahre ein zweistöckiges Haus mit Kapelle gebaut worden. Die letztere ist dem heiligen Petrus Canisius geweiht und in ihr wirken Jesuiten, die hieher aus Krakau gekommen sind. Die Jesuiten heißen Vater Tauer, Vater Janel, Vater Serzmann, Vater März. Sie lesen jeden Tag die Messe, und damit in einem benachbarten Privatpauze. Es belischen also gegenwärtig drei Jesuiten in Preußen. In Berlin im katholischen Weidwitschen-Krankenhaus, eine in Berlin im katholischen Weidwitschen-Krankenhaus, und eine in Breslau. Im Anstaltsrat ist auch hervorgehoben, daß nach Berichten der ultramontanen Häter („Kön. Volkstz.“ 9. Oktober) in den letzten Tagen die Einweisung eines neuen Jesuitenkollegs wenige Meter von der deutschen Grenze bei Emmersal am Niederrhein stattgefunden hat, und daß dieser Einweisung der preussische Landrat von Wesel, Graf Sprae, ferner der Bürgermeister und Postdirektor von Emmersch offiziell beigezwungen haben. Vielleicht wendet das preussische Kultusministerium diesen Dingen, vor allem aber der Beteiligung amtlicher Persönlichkeiten daran seine Aufmerksamkeit zu?“

Die Patrioten von Mergentheim.

Das Süddeutsche Korrespondenzbureau verbreitet folgende weckschillernde Nachricht:

Mergentheim, 28./10. (Gedertzeiler). Auf dem Gerladshofer Turmberg wurde an der Stelle, an der der Kaiser, umgeben von einigen Bundesfürsten und den Vertretern der betreuenden Mächte, den Schluß des vorjährigen (!) Kaisermandovers verfolgte, ein Gedenkstein eingeweiht. Zu der Feier waren etwa 300 Festgänger aus 30 Ortschaften, fast sämtliche Vereine von Ganda und Gerladshofem, Vertreter des Militärvereins, Turnschützenverein und anderer benachbarter Militärvereine, eine Verbindung des Mergentheimer Bataillons und viele andere Teilnehmer aus der Umgegend erschienen. So ist's recht! Denkmal hin, wo des Kaisers Gau geblieben hat! Deutschland!

Parteinachrichten.

L. O. Wie eine wahrhaft liberale Tätigkeit sich Anerkennung erzwangt und von Seiten der Sozialdemokratie, das zeigt der Nachruf des „Vorwärts“ anlässlich des Todes des Oberbürgermeisters von Schneberg, Wlde. Da steht es:

„Es wird in Deutschen Reich wenig Oberbürgermeister geben, die in allen Kreisen der Bevölkerung so beliebt sind, wie es der Verstorbenen in Schneberg war. Er war ein Mann mit klarem Blick und warmem Herzen. Spießbürgerliche Anschauungen, in denen ein höherer Kommandeur durch seinen Umwag und durch die große Zahl von Kleinigkeiten, mit denen er sich täglich zu beschäftigen hat, gar leicht verfallt, waren ihm völlig fremd. Er war ein Mann, der den Grundbesitzer vertrat, daß die wachsende Stadt immer größere Pflichten zu erfüllen hat. Wenn für die Bekämpfung der Überfluthung und Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit Mittel gefordert wurden, dann trat er für die weitgehendsten Forderungen ein. Auch war ein warmer Vertreter der Forderungen zur Verbesserung der Lage der künftigen Arbeiter.“

Diese Anerkennung des verdienten Mannes berührt aus dem Munde des sozialdemokratischen Hauptorgans durchaus sympathisch. Sie hat den Vorzug, den Nagel auf den Kopf zu treffen.

Kleine politische Nachrichten.

Der Rat der Stadt Zwickau hat einen ausserordentlichen Beschluß gefaßt, der verdient, nachgehakt zu werden. Er hat Maßnahmen getroffen, um während des Winters an Minderbemittelte Seefische zu Selbstkostenpreisen abzugeben. — Aus Wiesbaden wird gemeldet: Nach den Beschlüssen der national-liberalen Zentralleitung gehen bei der Reichstagswahl Bielefeld-Bielebrück die National-liberalen mit den Konserativen gemeinsam vor, während in Halle-Berlin die Konserativen den national-liberalen Kandidaten unterstützen. — Seit Verendung der Wahl-Aufnahme sind dem spanja-Bunde 217 neue Mitglieder beigetreten.

Ausland.

Generalfreie in Spanien.

— Nach immer sind die Gerichte über Anrufen in Spanien nicht ganz geklärt. Man vermutet, daß eine Gruppe von Anhängern Ferrers, welche seit einiger Zeit in Bahia und anderen Orten nahe der portugiesischen Grenze gegen das Kabinett Canclajos agitiert, an der Ausgrenzung des Gerichtes beteiligt war. Eines der Haupter jener Bewegung Lopez Santos, ein republikanisch gestimmter Bezirksvorsteher in Bahia, verurteilt jüngst den Generanten Morena des dortigen Infanterie-Regiments als Vermittler für ein republikanisches Pronunciamiento der Garnison zu geminnen. Morena nahm den Mann fest und brachte ihn ins Militärgefängnis. Der spanische Botschafter in Paris, Perez Caballero, erklärte, daß in den Regierungsbereichen, die ihm bisher zugehört, von irgendeiner aufrührerischen Bewegung absolut nicht die Rede ist. Im Madrider Volksausland eine Versammlung statt, um gegen die Verhaftung des Universitätsprofessors Ovejero sowie des Präsidenten des sozia-

listischen Jugendbundes Pasquez zu protestieren. Beide waren in eine antimilitaristische Bewegung verwickelt.

Ueber den drohenden Generalfreie gingen uns nachfolgende Depeschen zu:

Boston, 3. Nov. Die „Daily Mail“ erhielt ein Telegramm von der spanischen Grenze, das besagt, daß in Catalonia der Generalausstand ausgebrochen sei. Nähere Einzelheiten darüber fehlen noch.

Barcelona, 3. Nov. Der allgemeine Arbeiterverband beabsichtigt die Verkündung des Generalfreies in ganz Catalonia. Der Ausstand in Sabadell soll nur als Vorwand dienen. Auch in Saragossa ist der Ausstand ausgebrochen, an dem die Arbeiter der verschiedenen Branchen in der Stadt teilnehmen. Auch die Eisenbahner wollen sich dem Treue anschließen.

Madrid, 3. Nov. Der Metallarbeiterausstand in Ferrol nimmt einen größeren Umfang an. Die Direktion des Arsenals teilt mit, daß sie sich infolge des Ausstandes genötigt sehe, 500 Arbeiter zu entlassen. Anstelle dieser Maßnahme hat unter der Aufsicht einer leibhaftig Agitation eingesetzt. Die in Ferrol befindlichen Truppen sind durch britische Jüdisgardisten verstärkt worden. Ebenso sind mehrere Catalonien Kavallerie eingetroffen, die die Arbeitswilligen schützen.

Die türkisch-deutschen Finanzverhandlungen.

— Aus Konstantinopel dröhrt man: Bei der Konferenz zwischen dem Finanzminister und dem Direktor der Deutschen Bank, Helfferich, wurde auf der Basis der finanziellen Transaktionen mit dem Syndikat der deutschen Banken die Konstitution eines kurzfristigen Vorkaufes mit einer Anleihe beschlossen. Die Reduktion des Vorkaufes soll nimmst dem möglichst erfolgen.

Cholera im türkischen Heere.

— Der Ausbruch der Cholera unter den türkischen Truppen bei den Pablsch-Mandevren, worüber wir schon berichteten, hat zu scharfen Angriffen gegen den Kriegsminister Mahmud Schefket geführt. Man drohtet hierzu aus Konstantinopel:

„In einflussreichen politischen Kreisen wird heftig gegen Mahmud Schefket agitiert, weil er auf der Abhaltung der Mandevren bestanden und damit die Schuld auf sich geladen habe, daß die Cholera unter den Truppen viel größere Verheerungen angerichtet habe, als offiziell auch nur angedeutet worden sei. Von unterrichteter Seite wird berichtet, daß in Rhodos fünf Vollbataillone für choleraerkrankt erklärt worden sind, während in verschiedenen Binnak die Erdemie erkrankend um sich geirrt habe. In Tuzla verstanden die nach Verendung der Mandevren in Quarantäne gehaltenen Truppen, unermäßig in ihre Heimat zurückgeführt zu werden. Als man ihnen nicht willfahrte, liefen sie trotz aller Vorstellungen ihrer Offiziere auseinander und vertriehen sich zunächst in den Häusern der Stadt.“ Der Kriegsminister wird sofort nach dem Zusammentritt der Kammer interpelliert werden. In Konstantinopel sind heute fünf Cholerafälle verzeichnet, von denen zwei tödlich verliefen.

Radausreisen in der Skulptur.

— Aus Belgrad wird uns telegraphisch gemeldet: Der Abgeordnete Wagonowitsch, der am Dienstag in der Skulptur einen Radausreise mit dem Abgeordneten Dragowitsch hatte, verurteilte in der Mittwoch-Sitzung einen Skandal, indem er Dragowitsch strafte. Man hatte große Mühe, die Abgeordneten zu beruhigen und eine Schlägerei zu vermeiden.

Kleine Tagesnachrichten.

Russische Gerichte. Aus Petersburg wird uns gemeldet: Durch die Senatorenkonferenz in der Kriegsverwaltung und Staatsfabriken sind bisher 445 Verurteilungen dem Strafgericht übergeben worden.

Ueberrahme englischer Kriegsschiffe durch die Türkei. Gestern nachmittag passierten 36 Angehörige der türkischen Marine den Frankfurter Hauptbahnhof. Sie haben über Ostende nach England, um dort die beiden angekauften Kriegsschiffe zu übernehmen.

Das Befinden Abdul Hamids. Im Befinden Abdul Hamids soll eine Beschlimmerung eingetreten sein.

Rechtverdingliche Enttarnungen. Im Arbeiteriertel Alfana zu Lifabon sind sieben Fälle von pestverdächtige Enttarnungen festgestellt worden, wozon bereits zwei tödlich verliefen. Die Behörden haben energisch Schutzmaßnahmen zur Unterdrückung der Seuche angedeutet.

Ruhe in Peru. Nach einer Depesche der „Times“ aus Lima ist die Ruhe in Peru wieder vollständig hergestellt. Die Revolutionären ist es nicht gelungen, sich die Sympathie der Bevölkerung zu erringen.

Provinzial-Nachrichten.

Politische Versammlung.

— **Dölan, 3. Nov.** Am morgigen Sonabend findet hier im Saale „Zum Heibetzer“ eine vom Verein der Liberalen in Dölan veranstaltete öffentliche Versammlung statt. Herr Parteisekretär Schwillig ist in Dölan wegen des Themas „Die kommenden Reichstagswahlen und die Fortschrittliche Volkspartei“ sprechen.

Outankäufe.

Tromsdorf, 1. Nov. Um sein Rittergut zum Herrschaftsbeth in großem Maßstabe zu erweitern, kauft Herr von Wilmowski auf Marienflak nach Gelegenheit allen Grundbesitz an, der in der Nähe seines Eigentums belegen ist. In Burgschloßhausen sind auf diese Art mehrere Bauerngüter, in Gatzsborg das Treffliche Stadgut in seine Hände gelangt. Für den Gatzsborg Königlichem Post ist von ihm ein Kaufgebot von einer halben Million Mark abgegeben, der Postus ist jedoch auf dieses Anerbieten nicht eingegangen. Vor einigen Tagen hat Herr v. W. nun gegen eine an den bisherigen Pächter zu zahlende Abfindung

summe die Verwaltung des Marienstader Fideikommissgutes selbst übernehmen.

In der Folge soll das Schloß der Neuzeit entsprechend umgebaut und sollen die Gebäude des Trefflichen Stadtortes zu 20 Wohnwohnungen (mit einer Beilage von je 1/2 Morgen Kartoffelfeld) eingerichtet werden.

Provinzialschulrat Otto v.

Kassel, 1. Nov. Der Provinzialschulrat Geh. Regierungsrat Dr. Otto ist im Alter von 69 Jahren gestorben. Er war in einem Dorfe bei Weisenfels geboren und hatte in Halle theologische und philologische Studien gemacht. Mehrere Jahre wirkte er als Rektor an der Realschule in Nordhausen. Im Jahre 1878 wurde er als Oberlehrer für das Seminar der Stadt-Jahre nach Berlin berufen, 1884 wurde er Seminarleiter in Homburg, 1894 Regierungs- und 1897 Provinzialschulrat in Kassel.

Winterwetter auf dem Broden.

Mittwoch, den 2. November.
 (Nachdr. verb.)
 So außerordentlich günstig, wie der Oktober sein Ende erreicht hat, so ungünstig hat der Monat November seine Herrschaft mit Nebel, Frost, Sturm und Schneestößen auf dem Broden angetreten. Bei fortgesetztem fallen dem Barometer nahm der starke Südwestwind von Stunde zu Stunde an Intensität zu und wuchs in der Nacht zum Dienstag zum vollen Sturme an. Der Sturm und dicke Nebel, begleitet von Schneestößen, Schneesüßeln und Eisstürmen, die fortgesetzt gegen die Feuerscheiben schossen, hielt am 1. d. M. fast ohne Unterbrechung an. Selbstverständlich kann von einer zusammenhängenden Schneedecke nicht die Rede sein, da der fürchterliche Sturm zwischen Windstärke 10 erreichte (also mit 37 Meter Geschwindigkeit über den Broden ging); große Flächen sind schneefrei, nur im Osten und Westen vom Brodenhaus sind kleine Schneebänne von 40-50 Zentimeter Höhe zusammengeweht.

Die Temperatur schwankte gestern zwischen dem Nullpunkt und 2 Grad Kälte, und infolge des anhaltend nebligen Wetters und der niedrigen Temperaturen wurde die Raufreifbildung noch weiter begünstigt. Dieser Befund, der an dem Meeresausgesehen Stellen eine Stärke von 15-20 Zentimeter angenommen hat und sämtliche hervorragenden Gegenstände, stellenweise sogar den Erdboden mit seinen eigentümlichen jederartigen Gebilden bedeckt, genügt einem großartigen Anblick.

Sind heute hat der Vater Broden seine Reisekarre aufgelassen, das Barometer liegt konstant 630 Millimeter an, die Temperatur beträgt mit 18 Grad Kälte, und der stürmische Südwest weht augenblicklich mit 18 Meter Geschwindigkeit in der Stunde. Der Schneehall in den letzten 24 Stunden war ziemlich bedeutend, er betrug 15 Millimeter Schneehöhe. Schwaches Frostwetter und weitere Schneefälle sind zu erwarten.

Weisenfels, 2. Nov. (Königin-Luise-Gedenkreuz - Gartenabteilung.) Im nächsten Sonnabend wird der in den Bau-Anlagen am Bahnhof vom Verschönerungsverein errichtete Denkstein für die Königin Luise, ein 100 Zentner schwerer Granitblock, fest, findend, mit einem Bronzerelief der Königin eingeweiht und den händlichen Körperarbeiten übergeben. — Auf dem Kienberg und auf dem Angerberg beim Friedhofe und dem Sölländer ist der Grundstein zu einer Gartenabteilung gelegt worden. Unternehmender sind in der Genselshaus, „Selbsthilfe“ vereinigte Arbeiter, Handwerker, Kaufleute, Lehrer und Beamte. In der Kolonie, die den Namen „Degenische Gartenhausabteilung“ trägt, sollen etwa 150 Ein- und Zweifamilienhäuser errichtet werden, von denen jedes ein ansehnliches Stück Gartengelände erhält.

Calbe a. S., 1. Nov. (Attentat auf einen Zug.) Auf einen von Gröbner nach Calbe und Cönnern fahrenden Personenzug sind große Kohlenstücke geworfen worden. Ein Fenster eines Wagens dritter Klasse wurde beschädigt und der Postkutschfahrer J. am Kopfe verletzt. Ein Reisender zog die Notbremse, worauf der Zug hielt. Es konnte festgestellt werden, daß sehr große Kohlenstücke als Wurfgeschöß gedient hatten. Die Täter sind bis jetzt noch nicht ermittelt.

Saßferstadt, 1. Nov. (Von der Truppe heimlich entfernt) haben sich hier zwei Kürassiere der dritten Schwadron des Kürassierregiments. Die beiden Ausreißer, die schon zwei Jahre dienen, sollen sich nach Berlin gewandt haben. Der eine von ihnen ist ein Berliner, der andere stammt aus der Nähe von Naumburg a. S. Dieser ist gestern in Berlin festgenommen worden, als er ohne Barmittel war. Der Berliner dagegen, der dort die Verhältnisse besser kennt, hat noch nicht gefaßt werden können. Wie es heißt, soll der Berliner der Verfasser des anderen gewesen sein.

Wernigerode, 2. Nov. (Feuer.) Auf der Domäne des benachbarten Dorfes Altbrode brach Feuer aus. Eine große mit Roggen, Rübenblättern und Futtervorräten gefüllte Scheune brannte vollständig nieder.

Oberrieden, 2. Nov. (Ein entsetzlicher Unglücksfall) ereignete sich in dem Eisenbahntunnel bei Werleshausen. Der Bahnwärter Daniel Hinske hatte in seiner dienstfreien Zeit seine Verwandten in Oberrieden besucht und schlug auf dem Rückwege den Weg durch den Tunnel ein. Ein anderer Bahnwärter, der vom Dienst zurückkam, fand den Hinske im Tunnel in einer schrecklichen Lage. Beide Beine waren dem Unglücklichen abgefahren. Der hinzugekommene Bahnwärter hat nun eiligst dem ankommenen Güterzuge entgegen; es gelang auch noch rechtzeitig, den Zug, der den Verunglückten sonst völlig zermalmt hätte, zum Stehen zu bringen. Durch den Zuführer wurde ein Notverband angelegt. Der Verunglückte wurde mit dem Güterzuge nach Eisenberg und dann mit dem Schnellzuge nach Göttingen transportiert, wo Hinske, der Frau und fünf Kinder hinterläßt, in der Klinik leinen schweren Verletzungen inzwischen erlag. Das Unglück ist

vermutlich darauf zurückzuführen, daß sich im Tunnel zwei Züge begegneten, so daß Hinske sich nicht mehr in eine sichere Richtung konnte.

Einmal, 2. Nov. (Entwischt.) Auf dem Wege nach hiesigen Bahnhofs nach dem Gerichtsgefängnis wurde der Unterjünglingsgefangene Albert Knit, den ein hiesiger Schatzmann in Wehra in Empfang genommen hatte. Der Missethäter konnte noch nicht weiter ergriffen werden.

Leipzig, 2. Nov. (Wüste Szenen.) Zu einem wüsten Auftritt kam es nachts in einem Lokal der Goeßburgstraße. In das Lokal drangen zwei über Verächtliche Männer im Alter von 36 Jahren ein und gingen dem Wirt mit Stößen, Tritten und Biergeschüssen zu. So daß dieser in den Hof flüchten mußte. Ein Arbeiter, der dem Wirt Beistand leisten wollte, wurde von den Verleumdern durch Pfefferschüsse an Brust und Armen verletzt, so daß der Verletzte sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Später erschienen die beiden Schurken auch noch in einer Polizeiwache, um sich wegen der Verletzungen, die sie bei der Rauferei natürlich auch davongetragen hatten, verbinden zu lassen. Bei den Raubüberfällen wurden ebenfalls Messerstücke festgestellt. Die Leute mußten deshalb in das Krankenhaus gebracht werden. — Von einer anderen wüsten Szene wird aus der Gerberstraße berichtet: Ein 23 Jahre alter Keller und ein 20 Jahre alter Schmelzer wurden festgenommen, die sich des Hausfriedensbruchs und der Verübung schuldig gemacht hatten. Die beiden Leute waren in ein Lokal der Gerberstraße gekommen und hatten um Unterhütung angeproben. Als ihnen diese wegen ihres dreifachen Auftretens verweigert wurde, bedrohten sie den Wirt und eine Kellnerin mit Messern und verletzten eine Türe einzutreten, so daß Polizei hinzugeholt werden mußte. Darauf erfolgte ihre Verhaftung.

Leitung Wilhelm Georg.
 Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg;
 für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichte, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: i. B. Wilhelm Georg; Journalisten, Vermittler usw.: Martin Feuchtmann; für den Inseratenteil: i. B. Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
 — Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Es geht ein Frösteln durch die Natur,

- ◆ das Wetter ist unfreundlich und kalt und für alle, die zu Gefährungen neigen, beginnt eine böse Zeit. Die Anwendung der Sobener Mineral-Bädern (Kurs siehe unten) wird jedoch alle Gefahren von vornherein ausschalten, und ist doch eine Erhaltung vorhanden, so sind es wieder ganz echte Sobener Mineral-Bädern, die sicher, schnell und angenehm damit aufzukommen. Man kauft ganz Sobener in Apotheken, Drogerien etc. für 85 Pfg. pro Schachtel.

4 Tage Damen- und Kinder-Konfektion.
 Freitag, Sonnabend, - Sonntag, Montag -

Serie 1.

Kostüm-Röcke aus dauerhaften Stoffen, mod. Façons jedes Stück **2⁸⁵**

Blusen weisse Wollbatist, gefüttert u. farbig Flanell-Barochent jedes Stück **2⁸⁵**

Herbst-Jacketts zum Teil auf Futter jedes Stück **2⁸⁵**

Serie 2.

Blusen auf Futter aus glatten u. schottisch. Wollstoff, z. T. mit Kimonostrmel jedes Stück **4⁶⁰**

Reinseidene Blusen reich mit Einstecken jedes Stück **4⁶⁰**

Kleiderröcke weisse u. gemust. Stoffe, sehr vorteilhafte Macharten, jedes Stück **4⁶⁰**

Serie 3.

Abend-Capes mit Felsbesatz und angewebtem Futter jedes Stück **7⁹⁰**

Herbst-Paletots aus gemusterten Stoffen, lange Formen jedes Stück **7⁹⁰**

Wetter-Capes olive und morange jedes Stück **7⁹⁰**

Sensationell
 !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

1 grosser Posten **Kostüme**

beste Verarbeitung aus prima glatten und melierten Stoffen, zum grössten Teile auf Seide

Serie 1 früherer Verkaufswert bis **22.50**

Serie 2 früherer Verkaufswert bis **35.00**

Serie 3 **28⁷⁵** früherer Verkaufswert bis **46.00**

Serie 4 **39⁷⁵** früherer Verkaufswert bis **68.00**

Serie 4.

Abend-Mäntel mit angewebtem Futter jedes Stück **11⁵⁰**

Batist-Kleider elegant verarbeitet, schicken Fassons mit Stickerei jedes Stück **11⁵⁰**

Frauen-Mäntel lange Formen, Hänger, mit Sammet- u. andere Garnierung jedes Stück **11⁵⁰**

Serie 5.

Anliegender Paletot Eskimo u. geschweifte Fasse, lang, auf Futter jedes Stück **16⁷⁵**

Moderne Kimonos aus Eskimo, verschiedene Farben jedes Stück **16⁷⁵**

Paletots engl. gemusterte Stoffe mit Seidengarnierung, lange Fassons, sehr schick jedes Stück **16⁷⁵**

Serie 6.

Abend-Mäntel aus Tuch mit warmen Fancy-Emlagen, apart gearbeitet jedes Stück **27⁹⁰**

Sammet-Paletots ca. 90 cm lang jedes Stück **27⁹⁰**

Samm.-Prinz.-Röcke reich verchnürt jedes Stück **27⁹⁰**

--- Besichtigen ---
 Sie unsere Schaufenster.

Hamburger : : Engros-Lager Leopold NUSSBAUM Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 60/61.



